

Unsere Widersprüche haben sich auch mit deinem überarbeiteten Papier nicht aufgehoben. Sie betreffen vor allem folgende Punkte (es gibt noch ein paar Randaspekte, aber die kann man erst mal vernachlässigen).

1. Was du „Lohnnebenkosten“ nennst, sind keine „Neben“kosten, sondern für die Unternehmer Kosten und für die Beschäftigten Löhne.
2. Eine Einkommensteuer verteilt selbstverständlich private Einkommen um; lediglich Unternehmen können versuchen, sie als Kosten in die Preise einzukalkulieren.
3. Ob ihnen das gelingt, ist immer umkämpft. Das hat mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu tun und steht nie vorher fest.
4. Der (von dir beispielhaft angeführte) Herr Ackermann zahlt nicht einmal im Entferntesten die Hälfte seines bisherigen Einkommens als Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.
5. Eine reine Konsumsteuer würde dem Staat jedes Instrument nehmen, um an den hohen Vermögensungleichgewichten etwas zu verändern.

Ad 1)

Es ist offensichtlich, dass die Beschäftigten für ihren Beitrag zur GKV einen Krankenversicherungsschutz bekommen, den sie sich in deinem Modell eigens kaufen müssten. Das gleiche gilt für die Rente. Dein Vorschlag enthält also eine glatte Lohnsenkung um genau den Betrag der Sozialversicherungsbeiträge. Das wäre natürlich grundsätzlich behebbar, indem man höhere Steuern kalkuliert und die GKV/GRV staatlich bezahlt, aber das schlägst du ja eben nicht vor.

Bei der GKV kommt hinzu, dass es zwei Gründe für Krankheit gibt, aus denen der übergroße Anteil aller Kosten resultiert, nämlich Armut und Arbeit. Armut würde mit dem bge behoben, Arbeit bleibt und die direkte Beteiligung der Unternehmen an den Kosten des Gesundheitswesens ist ein entscheidendes Instrument, mit dem ihnen die Verantwortung für die krankmachenden Bedingungen auferlegt wird.

Ad 2)

Der beispielhafte Herr Ackermann verkauft selbst nichts. Also kann er auch keine Steuern oder Sozialabgaben irgendwo einpreisen. Wenn er hohe Steuern bezahlen muss, dann ist das Geld für ihn einfach weg. Man kann sich das in den Einkommensentwicklungen in den USA, aber auch hierzulande, sehr schön ansehen, wo dann deutlich wird, dass seit dem heftigen Absenken der direkten Steuern nur noch die Einkommen des einkommenstärksten Zehntels der Bevölkerung gestiegen sind. Unternehmen und in einem bestimmten Umfang Freiberufler können allerdings versuchen, ihre Kosten einzupreisen. Sie werden das auch tun (über die Schwierigkeiten s.u.). Die Freiberufler, die Dienstleistungen und nicht Güter verkaufen, werden so übrigens massiv in die Schwarzarbeit gedrängt.

Warum sie allerdings die Entlastungen aus der Steuerumstellung weitergeben sollten, das hast du nicht schlüssig dargestellt. Zwar gibt es den von dir beschriebenen Effekt der Konkurrenz durchaus, aber ihm steht ein zweiter Effekt zur Seite, dass nämlich alle Unternehmen ein gemeinsames Interesse an der Kapitalisierung der Entlastungen haben. Da geht's nicht um „Anstand“, wie auch du ganz richtig schreibst, sondern um Interessen und Kalkül.

Dennoch halte ich die unterschiedliche Belastung der Einkommen durch die Umsatzsteuer nicht für ausschlaggebend, da man sie durch unterschiedlich hohe Sätze auf verschiedene Produktgruppen

sehr stark absenken könnte.

Ad 3)

Wie das bge selbst so könnte auch die Steuerumstellung einen doppelten Effekt haben, wenn das bge hoch genug und die anderen einkommensenkenden Effekte gemildert wären. Es stärkt einerseits die Position der Beschäftigten, sie könnten es sich leisten, nicht erwerbszuarbeiten. Ihre Verhandlungsposition in puncto Lohn und Arbeitsbedingungen könnte sich verbessern. Ebenso könnte aber der Unternehmer darauf hinweisen, dass ja nun schon das bge da ist, und vielleicht auch ein niedrigerer Lohn ausreicht.

Es wird in der Realität beides geben. Der Effekt bleibt umstritten. So ist das auch mit anderen Umverteilungsforderungen zu Lasten der Unternehmensgewinne; die Betriebe werden immer versuchen, das zu vermeiden. Aber so wie es ihnen nun fast vier Jahrzehnte gelungen ist, sich auch den Produktivitätszuwachs praktisch vollkommen einzuverleiben, so hat es andere Zeiten gegeben, als es eine echte Umverteilung aus den Gewinnen gegeben hat.

Unser Vorschlag, die Hälfte der Kosten für die System GKV, GRV und bge aus den Unternehmensgewinnen zu finanzieren, zielt genau auf eine solche deutlich gesteigerte Belastung der Kapitalisierung. Das wird nur durchsetzbar sein, wenn es dafür eine breite gesellschaftliche Koalition gibt, inklusive staatlicher Politiken, die genau auf Belastung der Unternehmen setzen.

Ad 4)

Herr Ackermann wird kaum in die GKV und GRV einbezahlen; täte er es, würde sein Beitrag ab 3750 (GKV) bzw. 5120 Euro (GRV) nicht mehr steigen. Steuern zahlt er auch kaum (was übrigens bei der Solidarischen Einfachsteuer, wie Attac, verdi und die IG Metall sie vorschlagen, anders wäre). Insofern umfasst unser Vorschlag schon auch die Forderung, dass alle Einkommen in die Beiträge der Sozialversicherung eingehen (ohne Beitragsbemessungs- und ohne Pflichtversicherungsgrenze) und dass die private Einkommensteuer im Spitzensatz auf mindestens die 51 % angehoben wird, die sie vor wenigen Jahren noch betrug.

In der ersten großen Weltwirtschaftskrise lag der in den USA bei über 90 %, was damals zu einer genau umgekehrten Einkommenspyramide geführt hat, also das unter Drittel der Einkommen ist massiv gewachsen und das obere gesunken. Das war zur Krisenbearbeitung außerordentlich wichtig und erfolgreich, waren doch nur so die Investitionen des New Deal zu bezahlen.

Ad 5)

Damit bin ich beim wichtigsten Punkt überhaupt: Einkommensungleichheit, Armut, soziale Verelendung sind alle dramatisch gewachsen, seit ein immer größerer Teil des gesellschaftlichen Reichtums in den Spar- und Investitionsfonds gelangt und dem Konsumfonds entzogen wird. Dass es gute ökologische Gründe gegen weiteres Wachstum und für Schrumpfung gäbe, lasse ich hier mal beiseite, aber entscheidend bleibt, dass es die Finanzinvestitionen sind, die Orientierung an den Anlegern, die die Krisenphänomene der letzten Jahre verursacht haben und auch wiederholen werden.

Die entscheidenden gesellschaftlichen Machtunterschiede werden nicht über Einkommen hergestellt (obwohl die nicht bedeutungslos sind), sondern über die Vermögen. Ein dramatischer Abbau der großen Vermögen ist ein unumgänglicher Schritt, und zwar auch deshalb, weil es sich dabei ja gleichzeitig um einen Abbau der öffentlichen Schulden handeln würde, denn schließlich tauchen die alle als private Vermögensansprüche ein zweites Mal auf. Dazu braucht man Vermögens- und Erbschaftssteuern, mit dem Konsum kommt da kein bisschen weiter.